

Fiatgeld und Corona-Krise

Jens van Scherpenberg

Die Corona-Krise hat zu einer beispiellosen, sonst nur aus Kriegszeiten bekannten Zunahme der weltweiten Verschuldung von Staaten und Unternehmen geführt. Die großen Industriestaaten nehmen immer neue Billionenbeträge an Schulden auf, um ihre Wirtschaft zu stützen. Und ihre Zentralbanken fluten seit Beginn der Coronakrise die Wirtschaft mit Billionen neuen Geldes, indem sie immer größere Teile der neu emittierten Schulden aufkaufen. Alle bisherigen Warnmarken für Schuldenquote, Haushaltsdefizite und Geldmengenerweiterung haben ihre Gültigkeit verloren.

Viele fragen angesichts dieser riesigen Summen daher besorgt und verständnislos „können wir uns das leisten?“ Auch unter Wirtschaftswissenschaftlern besteht erstaunliche Unsicherheit darüber, wie diese Entwicklung zu beurteilen sei, stehen sich mahnende und abwiegelnde Stimmen gegenüber. Daher lohnt es sich, zu untersuchen, was die Billionen neuer Staatsverschuldung und Zentralbankgeldschöpfung über die Natur dessen, was wir heute unter „Geld“ verstehen, verraten und was über unser Wirtschaftssystem. Daraus

ergibt sich auch eine Antwort darauf, „wie lange das noch gut gehen kann“, wo die Risiken der riesigen Corona-bedingten Geldflut liegen.

1. Das „Mysterium“ der Geldschöpfung

„Dixitque Deus fiat lux et facta est lux“ – „Und Gott sprach es werde Licht und es ward Licht“. So lautet der zweite Satz der lateinischen Vulgata-Bibel. Und so wie laut Bibel allein durch die Kraft des Gotteswortes das Licht erschaffen wurde, so hört man heute die Präsidenten und Gouverneure der führenden Zentralbanken mit ihren Direktoren sprechen: Es werde Geld – „fiat money“ – und es ward Geld, und zwar in einer Menge, die von nichts als ihrer freien Entscheidung abzuhängen scheint, eine „creatio ex nihilo“ – Geldschöpfung aus dem Nichts, beruhend allein auf der hinter ihnen stehenden Macht des Staates.

Die Zeiten, als Währungen mit Gold gedeckt waren, also mit einer real existierenden, durch er-



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für
Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München